



economiesuisse



Corona-Pandemie: Wirtschaft erwartet laufende Überprüfung der Massnahmen

Der Bundesrat hat heute beschlossen, die geltenden Massnahmen zu verlängern. Dies ist in den meisten Fällen nachvollziehbar. economiesuisse erwartet aber, dass die Verhältnismässigkeit der geltenden Massnahmen durch den Bundesrat laufend überprüft wird. Die einzelnen Massnahmen müssen raschestmöglich aufgehoben werden, sobald sie aus epidemiologischer Sicht nicht mehr einen eindeutigen Nutzen haben. Für die Wirtschaft ist es insbesondere wichtig, dass der Bundesrat die Home-Office-Pflicht an seiner nächsten Sitzung wieder in eine

Home-Office-Empfehlung umwandelt.

Es ist für economiesuisse nachvollziehbar, dass der Bundesrat die geltenden Massnahmen nicht lockern möchte, da weiterhin Unsicherheit herrscht, wie die Omikron-Welle die Spitäler belasten wird. Die Wirtschaft erwartet aber, dass der Bundesrat sein Versprechen hält und die Massnahmen laufend überprüft. Denn es gilt, die Schweiz mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten durch die Pandemie zu führen. Dazu braucht es schnellstmöglich Lockerungen, sobald klar ist, dass die Spitäler durch die Omikron-Welle nicht überlastet werden.

Erfreulich ist, dass die Testpflicht bei der Einreise in die Schweiz für geimpfte und genesene Personen aufgehoben wird. Denn diese brachte in der jetzigen fünften Welle für die Pandemiebekämpfung einen geringen Nutzen, da von immunisierten Personen keine Gefahr bezüglich Überlastung des Gesundheitswesens ausgeht. Diese Lockerung der Testpflicht gibt der Tourismus- und Reisebranche eine bessere Perspektive.

Leider ist die Datenlage noch immer nicht ausreichend. Es dauert nach wie vor viel zu lange, bis verlässliche Zahlen vorliegen. Die Orientierung am Ziel «Nichtüberlastung der Spitäler» wird unnötig erschwert, wenn der Bund beispielsweise erst nach zwei Wochen 90 Prozent der Neuhospitalisierungen kennt und es unsicher ist, wie viele Leute tatsächlich wegen Corona im Spital liegen. economiesuisse ist enttäuscht, dass der Bund und die Kantone auch nach zwei Jahren Pandemie immer noch nicht über ein ausreichend professionelles und zeitnahes Datenmanagement verfügen.